



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Lebensmittelüberwachung in Bayern – endlich effektive Strukturen schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) in jedem Regierungsbezirk mit einem eigenen Standort zu verankern,
- eine Personalbedarfsanalyse im Bereich der Lebensmittelkontrolle durchzuführen,
- die Kontrollbehörden auf Landkreisebene mit ausreichend Personal auszustatten,
- am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) eine Task Force zur sofortigen Überwachung der Lieferketten bei gesundheitsrelevanten Ausbrüchen einzuführen.

Begründung:

Die Lebensmittelskandale reißen nicht ab. Vor allem Großbetriebe mit ihrem weit verzweigten Verbreitungsgebiet stellen die Lebensmittelkontrolle vor neue Herausforderungen. Der Freistaat muss diesen Herausforderungen effektiv begegnen.

Die Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (KBLV) wurde als Reaktion auf den Bayern-Ei Skandal ins Leben gerufen. Sie kann durch ihre Zuständigkeit für Großbetriebe und durch den Einsatz von multiprofessionellen Teams einen wichtigen Beitrag zur Lebensmittelkontrolle leisten. Im Zuge des Tierschutzskandals von Bad Grönenbach wurden die Standorte von zwei auf vier erhöht. Dies reicht noch nicht aus. Um eine effektive Kontrolle von Groß- und Risikobetrieben zu gewährleisten ist es notwendig, diese Behörde in jedem Regierungsbezirk mit einem eigenen Standort zu verankern.

Seit vielen Jahren sind zahlreiche Kreisverwaltungsbehörden im Bereich der Lebensmittel- und Veterinärkontrollen überlastet. Auch die KBLV kann hier nur unwesentlich zu einer Entlastung beitragen. Deshalb ist eine weitere Aufstockung des Personals an den Landratsämtern im Bereich der Lebensmittel- und Veterinärkontrolle überfällig. Die im Zuge des Tierschutzskandals von Bad Grönenbach geschaffenen zusätzlichen Stellen reichen nicht aus.

Nicht zuletzt ist bei einem größeren gesundheitsrelevanten Vorfall schnelles Eingreifen notwendig. Je größer der Betrieb, desto schwieriger ist die Ermittlung der Lieferwege. Eine Task Force zur Unterstützung der Behörden vor Ort zur schnellen Aufklärung der Lieferwege würde die Kreisverwaltungsbehörden entlasten und mehr Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher bringen.